S 1 AL 172/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Beschäftigungspflicht von Arbeitgebern – zugelassener Maßnahmeträger als Arbeitgeber – Anrechnung von beschäftigten Behinderten auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen – Arbeitsplatzbegriff – Nichtberücksichtigung der von der Bundesagentur für Arbeit zugewiesenen Maßnahmeteilnehmer
Leitsätze	Schwerbehinderte Menschen, die einer Einrichtung der beruflichen Rehabilitation zugewiesen werden, um eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben zu erhalten, sind nicht als Auszubildende auf einem Arbeitsplatz im Sinne des Schwerbehindertenrechts beschäftigt und damit auch nicht auf die Pflichtarbeitsplatzquote der Einrichtung anzurechnen.
Normenkette	SGB IX § 36; SGB IX § 71; SGB IX § 73 Abs 1; SGB IX § 73 Abs 2 Nr 1; SGB IX § 76 Abs 2 S 1; SGB IX § 76 Abs 2 S 2; SGB IX § 52 J: 2018; SGB IX § 154 J: 2018; SGB IX § 156 J: 2018; SGB IX § 159 Abs 2 S 1 J: 2018; SGB IX § 159 Abs 2 S 2 J: 2018

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 AL 172/16
Datum	14.02.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 1 AL 20/18
Datum	12.03.2020

3. Instanz

Datum 04.03.2021

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers wird das Urteil des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 12.Â MÃ¤rz 2020 aufgehoben und der Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Im Streit ist ein Feststellungsbescheid der Beklagten zur Berechnung der Zahl der PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen.

Â

2

Der KlÃ¤ger betreibt als eingetragener Verein mit etwa 400 eigenen Mitarbeitern verschiedene Schulen und Einrichtungen, darunter das Jugendwerk L. (im Folgenden: Jugendwerk). Als ein von der Beklagten zugelassener TrÃ¤ger bietet dieses MaÃnahmen der beruflichen Bildung nach dem SGBÂ II und SGBÂ III in Kooperation mit der Beklagten und den Jobcentern der Region an. Nach einem Vertrag zwischen Beklagter und dem Jugendwerk Ã¼ber die DurchfÃ¼hrung von MaÃnahmen nach Â§Â 117 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1a SGBÂ III in vergleichbaren Einrichtungen nach Â§Â 35 SGBÂ IX aF besteht eine Aufnahmepflicht von MaÃnahmeteilnehmern bis zu einer festgelegten Platzzahl; ferner ist die AufnahmekapazitÃ¤t fÃ¼r MaÃnahmen in einzelnen Berufsfeldern und der von der Beklagten an den KlÃ¤ger jeweils zu zahlende Monatsfestpreis geregelt *(Vertrag vom 24.5.2013)*. Einen Anspruch des Jugendwerks auf die Zuweisung von Teilnehmenden durch die Beklagte sieht der Vertrag nicht vor.

Â

3

Die Beklagte wies dem Jugendwerk 2012 und 2013 auch drei schwerbehinderte MaÃnahmeteilnehmer zu. Diese absolvierten jeweils dreijÃ¤hrige Ausbildungen auf der Grundlage von BerufsausbildungsvertrÃ¤gen, die mit dem Jugendwerk geschlossen worden waren. Eine AusbildungsvergÃ¼tung war nicht vorgesehen, die

Beklagte fÃ¶rderte die jeweiligen Ausbildungen durch GewÃ¤hrung von Ausbildungsgeld und Ã¼bernahm auch die BeitrÃ¤ge zur Sozialversicherung. Das Jugendwerk erhielt fÃ¼r jeden dieser MaÃnahmeteilnehmer von der Beklagten den vertraglich vereinbarten Festpreis (monatlich jeweils ca 1100Â Euro).

Â

4

Am 24.3.2015 ging bei der Beklagten die ErklÃ¤rung des KlÃ¤gers zur DurchfÃ¼hrung des SGBÂ IX *(Anzeigeverfahren nach* Â§Â 80 AbsÂ 2 SGBÂ IX *aF)* fÃ¼r das Kalenderjahr 2014 ein. Darin gab der KlÃ¤ger an, in der Jahressumme seien bei ihm 3254 ArbeitsplÃ¤tze nach Â§Â 73 AbsÂ 1 bis 3 SGBÂ IX aF zu berÃ¼cksichtigen. Das Soll der PflichtarbeitsplÃ¤tze betrage 163. Von diesen PflichtarbeitsplÃ¤tzen seien insgesamt 134 tatsÃ¤chlich besetzt gewesen, die Zahl der unbesetzten PflichtarbeitsplÃ¤tze betrage 29. Bei der Ermittlung der besetzten PflichtarbeitsplÃ¤tze berÃ¼cksichtigte der KlÃ¤ger gestÃ¼tzt auf Â§Â 76 AbsÂ 2 SGBÂ IX aF die drei genannten MaÃnahmeteilnehmer doppelt.

Â

5

Die Beklagte korrigierte das Verzeichnis der anrechenbaren BeschÃ¤ftigten in Bezug auf diese drei Auszubildenden und erhÃ¶hte die Zahl der unbesetzten PflichtarbeitsplÃ¤tze um 72 auf insgesamt 101 *(Bescheid vom 15.4.2015 mit Anlage; Widerspruchsbescheid vom 31.5.2016)*. Die drei Auszubildenden kÃ¶nnten als MaÃnahmeteilnehmer der Beklagten nicht bei der Besetzung der PflichtarbeitsplÃ¤tze berÃ¼cksichtigt werden. Im Ãbrigen entsprach die Festsetzung den von dem KlÃ¤ger gemeldeten Zahlen.

Â

6

Das SG hat die Klage gegen diesen Bescheid abgewiesen *(Urteil vom 14.2.2018).* Auch die Berufung des KlÃ¤gers blieb erfolglos *(Urteil des LSG vom 12.3.2020)*. Die Stellen, auf denen die drei MaÃnahmeteilnehmer beschÃ¤ftigt worden seien, stellten keine ArbeitsplÃ¤tze, insbesondere auch keine Stellen fÃ¼r Auszubildende iS von Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF dar, denn der KlÃ¤ger habe wegen seiner vertraglichen Bindung gegenÃ¼ber der Beklagten nicht frei entscheiden kÃ¶nnen, mit welchen Personen er die Stellen besetze. Eine andere Sichtweise wÃ¼rde den Sinn und Zweck der BeschÃ¤ftigungspflicht unterlaufen. Auch die Differenzierung in Â§Â 73 AbsÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ IX aF und in Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 2 iVm Â§Â 35 AbsÂ 2 SGBÂ IX aF, der Betriebe oder Dienststellen begÃ¼nstige, stÃ¼tze dieses Ergebnis. FÃ¼r eine vergleichbare Behandlung bzw Bevorzugung auch der Ã¼berbetrieblichen TrÃ¤ger von beruflichen Reha-MaÃnahmen wie dem KlÃ¤ger habe der Gesetzgeber kein Erfordernis gesehen.

Â

7

Mit seiner vom LSG zugelassenen Revision rÃ¼gt der KlÃ¤ger eine unzutreffende Auslegung von Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF. Auch MaÃnahmeteilnehmer fielen nach dem Wortlaut der Vorschrift in die Definition des Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF und nicht in den Ausschluss des Â§Â 73 AbsÂ 2 SGBÂ IX aF. Das LSG verkenne zudem, dass er als Einrichtung jedenfalls frei entscheiden kÃ¶nne, ob er Ã¼berhaupt einen Vertrag mit der Beklagten schlieÃe. Entgegen der Auffassung des LSG sei auch Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ IX aF nicht Ã¼berflÃ¼ssig, sondern rein deklaratorisch zu verstehen. Gegen das Ergebnis des LSG spreche schlieÃlich die Rechtsprechung des BAG zum bestehenden Wahlrecht von MaÃnahmeteilnehmern zur Schwerbehindertenvertretung.

Â

8

Der KlÃ¤ger beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 12.Â MÃ¤rz 2020 und das Urteil des Sozialgerichts Speyer vom 14.Â Februar 2018 sowie den Bescheid vom 15.Â April 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 31.Â Mai 2016 aufzuheben.

Â

9

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

10

Sie hÃ¤lt die angefochtene Entscheidung fÃ¼r zutreffend.

Â

II

Â

11

Der Senat konnte die Streitsache in Abwesenheit eines Vertreters bzw BevollmÃ¤chtigen des KlÃ¤gers verhandeln und entscheiden, denn der KlÃ¤ger ist

mit der Ladung auf diese MÃ¶glichkeit hingewiesen worden. Seine zulÃ¤ssige Revision hat im Sinne der Aufhebung des angefochtenen Urteils und ZurÃ¼ckverweisung der Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das LSG Erfolg *(*Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG*)*. Die Feststellungen des LSG reichen nicht aus, um die RechtmÃ¤Ãigkeit des angefochtenen Bescheids in vollem Umfang Ã¼berprÃ¼fen zu kÃ¶nnen.

Â

12

Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den Entscheidungen der Vorinstanzen der Bescheid vom 15.4.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 31.5.2016, mit dem die Beklagte die zur Berechnung der Zahl der PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen (163) und der besetzten (62 statt der angegebenen 134) bzw unbesetzten (101 statt der angegebenen 29) ArbeitsplÃ¤tze notwendigen Daten festgestellt hat. Von diesem hinreichend bestimmten Inhalt sind SG und LSG â€Â unter BerÃ¼cksichtigung der Anlage zu diesem Bescheid und der Bezugnahme auf die Anzeige des KlÃ¤gersÂ â€ zu Recht ausgegangen. Der KlÃ¤ger greift den Bescheid zutreffend (nur) mit der Anfechtungsklage *(*Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 AltÂ 1 SGG*)* an. Das fÃ¼r die Festsetzung einer Ausgleichsabgabe zustÃ¤ndige Integrationsamt war nicht notwendig beizuladen, denn die Frage der RechtmÃ¤Ãigkeit des Feststellungsbescheids der Beklagten wÃ¤re allenfalls Vorfrage fÃ¼r einen mÃ¶glichen Bescheid Ã¼ber die Ausgleichsabgabe *(vgl BSG vom 10.12.2019 â€Â* BÂ 11Â AL 1/19Â R*Â â€ SozR 4â€3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 13 mwN).*

Â

13

Ob das LSG in der Sache die zulÃ¤ssige Berufung gegen das die Klage gegen den angefochtenen Bescheid abweisende Urteil des SG zu Recht zurÃ¼ckgewiesen hat, kann der Senat mangels ausreichender Feststellungen nicht abschlieÃend entscheiden. Was die formelle RechtmÃ¤Ãigkeit des angefochtenen Bescheids angeht, war der KlÃ¤ger vor Erlass des Bescheids nach Â§Â 24 AbsÂ 1 SGBÂ X anzuhÃ¶ren, weil die Beklagte von der ErklÃ¤rung des KlÃ¤gers abweichende Feststellungen getroffen und insoweit in dessen Rechte eingegriffen hat. Ob der KlÃ¤ger angehÃ¶rt und ob eine AnhÃ¶rung ggf nachgeholt wurde *(*Â§Â 41 AbsÂ 1 NrÂ 3 SGBÂ X*)*, lÃ¤sst sich den AusfÃ¼hrungen des LSG nicht entnehmen.

Â

14

Die materielle RechtmÃ¤Ãigkeit des angefochtenen Bescheids verlangt, dass die Voraussetzungen fÃ¼r den Erlass eines Feststellungsbescheids nach Â§Â 80 AbsÂ 3 SGBÂ IX aF, der Â§Â 163 AbsÂ 3 SGBÂ IX in seiner aktuellen Fassung entspricht,

vorgelegen haben. Da sich der angefochtene Bescheid auf das Jahr 2014 bezieht, ist noch das SGBÂ IX in seiner bis zum 31.12.2017 geltenden Fassung (im Folgenden: SGBÂ IX aF) anwendbar, in der insbesondere die besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht) in den Â§Â§Â 68 Â ff SGBÂ IX aF enthalten waren. Erst durch ArtÂ 2 des BTHG vom 23.12.2016 *(BGBlÂ I 3234)* sind diese Vorschriften zum 1.1.2018 weitgehend wortgleich in TeilÂ 3 des SGBÂ IX *(Â§Â§Â 151Â ff SGBÂ IX)* verschoben worden. Â§Â 80 AbsÂ 3 SGBÂ IX aF sieht vor, dass die BA nach PrÃ¼fung in tatsÃ¤chlicher sowie in rechtlicher Hinsicht einen Feststellungsbescheid erlÃ¤sst Ã¼ber die zur Berechnung der Zahl der PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen und der besetzten ArbeitsplÃ¤tze notwendigen Daten, wenn ein Arbeitgeber die Daten bis zum 30.6. nicht, nicht richtig oder nicht vollstÃ¤ndig anzeigt. Die ErmÃ¤chtigung der BA zum Erlass eines Feststellungsbescheids ist damit an die in Â§Â 80 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF geregelte Pflicht des Arbeitgebers geknÃ¼pft, der fÃ¼r ihren Sitz zustÃ¤ndigen Agentur fÃ¼r Arbeit einmal jÃ¤hrlich bis spÃ¤testens 31.3. fÃ¼r das vorangegangene Kalenderjahr, aufgegliedert nach Monaten, die Daten anzuzeigen, die zur Berechnung des Umfangs der BeschÃ¤ftigungspflicht, zur Ãberwachung ihrer ErfÃ¼llung und der Ausgleichsabgabe notwendig sind.

Â

15

Als privater Arbeitgeber mit mehr als jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 ArbeitsplÃ¤tzen unterlag der KlÃ¤ger grundsÃ¤tzlich der Pflicht zur BeschÃ¤ftigung schwerbehinderter Menschen nach Â§Â 71 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF und damit auch der Anzeigepflicht nach Â§Â 80 AbsÂ 2 SGBÂ IXÂ aF *(vgl dazu BSG vom 10.12.2019 â€Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â€ SozR 4â€3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 16Â f)*. Der Begriff des Arbeitgebers ist dabei formal, dh rechtstrÃ¤gerbezogen zu bestimmen, so dass es nicht auf den einzelnen Betrieb â€Â also hier ggf allein auf das JugendwerkÂ â€ ankommt, sondern auf den Arbeitgeber als juristische Person und die dort vorhandenen ArbeitsplÃ¤tze *(vgl nur Joussen in Dau/DÃ¼well/Joussen, SGB IX, 5.Â Aufl 2019, Â§Â 154 RdNrÂ 9; Greiner in Neumann/Pahlen/Greiner/Winkler/Jabben, SGBÂ IX, 14.Â Aufl 2020, Â§Â 154 RdNrÂ 4)*. Seiner Anzeigepflicht ist der KlÃ¤ger fÃ¼r das Jahr 2014 nachgekommen durch Ãbermittlung einer entsprechenden Anzeige, die am 24.3.2015 bei der Beklagten eingegangen ist. Die Anzeige war indessen schon wegen unzutreffender Angaben zu den besetzten PflichtarbeitsplÃ¤tzen nicht richtig iS von Â§Â 80 AbsÂ 3 SGBÂ IX aF.

Â

16

Entgegen der Auffassung des KlÃ¤gers sind die dem Jugendwerk â€Â aufgrund des Vertrags Ã¼ber die DurchfÃ¼hrung von MaÃnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach dem SGBÂ III in EinrichtungenÂ â€ zugewiesenen MaÃnahmeteilnehmer keine Personen, die einen Arbeitsplatz iS von Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF einnehmen.

Zugewiesene MaÃ□nahmeteilnehmer sind deshalb weder fÃ¼r die Ermittlung der Anzahl der ArbeitsplÃ¤tze als Grundlage fÃ¼r die Berechnung der Anzahl der zu beschÃ¤ftigenden schwerbehinderten Menschen nach Â§Â 71 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF von Bedeutung noch kÃ¶nnen sie auf PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen gemÃ¤Ã□ Â§Â 75 oder Â§Â 76 SGBÂ IX aF angerechnet werden.

Â

17

Der Begriff des Arbeitsplatzes ist in Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF legaldefiniert. Danach sind ArbeitsplÃ¤tze im Sinne des Schwerbehindertenrechts alle Stellen, auf denen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Auszubildende und andere zu ihrer beruflichen Bildung Eingestellte beschÃ¤ftigt werden. Nach der Rechtsprechung des Senats ist der Begriff des Arbeitsplatzes von drei Elementen geprÃ¤gt: Dem Bestehen eines AnstellungsverhÃ¤ltnisses als rechtliches Element und der damit verbundenen Eigenschaft als Arbeitnehmer bzw Beamter oder Richter, der Einrichtung von Stellen durch den Arbeitgeber als rÃ¤umlich-gegenstÃ¤ndliches Element sowie der BeschÃ¤ftigung von Personal auf diesen Stellen *(dreigliedriger Arbeitsplatzbegriff, vgl BSG vom 10.12.2019 â□□Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 20 mwN)*. Soweit nicht Beamte oder Richter betroffen sind, sondern Arbeitnehmer oder Auszubildende, wird das rechtliche Element des Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF nach den fÃ¼r das Arbeitsrecht entwickelten MaÃ□stÃ¤ben vermittelt. Danach ist entscheidend die vertraglich geschuldete Erbringung von Diensten in persÃ¶nlicher AbhÃ¤ngigkeit; der Arbeitnehmer muss weisungsabhÃ¤ngig und in die Organisation des Arbeitgebers eingegliedert sein *(vgl BSG vom 10.12.2019 â□□Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 21; BVerwG vom 16.5.2013 â□□Â 5Â C 20/12Â â□□ juris RdNrÂ 12 mwN)*. Hinzu kommt, dass die Stelle besetzt sein, also tatsÃ¤chlich in gewissem Umfang einer BeschÃ¤ftigung nachgegangen werden muss, womit sichergestellt wird, dass nur die tatsÃ¤chlich zur VerfÃ¼gung stehenden BeschÃ¤ftigungsmÃ¶glichkeiten fÃ¼r die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Erwerbsleben berÃ¼cksichtigt werden *(vgl BSG vom 10.12.2019 â□□Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 22; BVerwG vom 16.5.2013 â□□Â 5Â C 20/12Â â□□ juris RdNrÂ 18)*.

Â

18

Daran gemessen sind Personen nicht auf einem Arbeitsplatz iS von Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF beschÃ¤ftigt, die einer Einrichtung der beruflichen Rehabilitation zugewiesen werden, um eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben zu erhalten. Die MaÃ□nahmeteilnehmer sind selbst dann, wenn sie â□□Â wie hierÂ â□□ fÃ¶rmliche BerufsausbildungsvertrÃ¤ge mit der Einrichtung geschlossen haben, einem eigenen rechtlichen Regime unterworfen, das durch die besondere Gestaltung der tatsÃ¤chlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen

LeistungstrÃ¤ger (Beklagte), Leistungsberechtigter (MaÃnahmeteilnehmer) sowie Leistungserbringer (KlÃ¤ger) geprÃ¤gt ist. Danach fehlt es an einer Eingliederung im Sinne der gesetzlichen Definition des Arbeitsplatzes. Sinn und Zweck der zur Durchsetzung der BeschÃ¤ftigungspflicht schwerbehinderter Menschen geschaffenen Regelungen stÃ¼tzen dieses Ergebnis.

Â

19

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen ua die berufliche Ausbildung *(* Â§Â 33 AbsÂ 3 NrÂ 4 SGBÂ IX *aF;* Â§Â 49 AbsÂ 3 NrÂ 5 SGBÂ IX*)* und werden, abhÃ¤ngig von Art und Schwere der Behinderung, in Berufsbildungswerken, BerufsfÃ¶rderungswerken sowie vergleichbaren Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation â€Â wie im vorliegenden Fall dem JugendwerkÂ â€ durchgefÃ¼hrt *(*Â§Â 35 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX *aF;* Â§Â 51 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)*. Die Einrichtung muss bestimmte Anforderungen erfÃ¼llen *(*Â§Â 35 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ IX *aF;* Â§Â 51 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ IX*)*; sie soll darauf hinwirken, dass die Leistungsberechtigten im Falle der beruflichen Ausbildung in der Einrichtung die Ausbildung jedenfalls zum Teil auch in Betrieben oder Dienststellen durchfÃ¼hren *(* Â§Â 35 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX *aF;* Â§Â 51 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)*. FÃ¼r diesen Fall der DurchfÃ¼hrung einer beruflichen Ausbildung auch in Betrieben oder Dienststellen ordnete Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ IX aF *(ab 1.1.2018:* Â§Â 159 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ IX*)* die Geltung von Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF *(* Â§Â 159 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)* an, wonach ein schwerbehinderter Mensch, der ausgebildet wird, auf zwei PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen angerechnet wird. Zur Konkretisierung der Rechtsstellung von Teilnehmenden an Leistungen in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation bestimmt Â§Â 36 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF *(jetzt* Â§Â 52 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)* ergÃ¤nzend, dass diese nicht in den Betrieb der Einrichtung eingegliedert werden. Mit dieser Regelung soll nach der BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs verdeutlicht werden, dass die Teilnehmer nicht in einem BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis stehen *(BTâ€Drucks 14/5074 SÂ 108)*.

Â

20

Durch diese Gestaltung unterscheidet sich die Ausbildung und Rechtsstellung von Personen in Einrichtungen deutlich von derjenigen der Auszubildenden in Betrieben oder Dienststellen. So fehlt zum einen die erforderliche, auf Eingliederung gerichtete vertragliche Ausformung der AusbildungsverhÃ¤ltnisse von MaÃnahmeteilnehmern. Zwar werden regelmÃ¤Ãig â€Â wie auch hierÂ â€ AusbildungsvertrÃ¤ge entsprechend dem BBiG abgeschlossen. Dessen Vorschriften finden aber, etwa was die VergÃ¼tung betrifft, in Ã¶ffentlich finanzierten dreiseitigen AusbildungsverhÃ¤ltnissen nach der Rechtsprechung des BAG nur eingeschrÃ¤nkt Anwendung *(vgl BAG vom 15.11.2000 â€Â* 5Â AZR 296/99*Â â€* BAGE 96, 237 *= AP NrÂ 9 zu Â§Â 10 BBiG; BAG vom 16.1.2003 â€Â* 6Â AZR 325/01 *Â â€ AP NrÂ 13 zu Â§Â 10 BBiG)*. PrÃ¤gend ist vielmehr das SozialrechtsverhÃ¤ltnis

zwischen den zugewiesenen Teilnehmern und dem MaÃ□nahmetrÃ¤ger â□□Â hier der BAÂ â□□ mit den sozialrechtlichen AnsprÃ¼chen auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, die neben den Leistungen zum Lebensunterhalt *(vgl* Â§Â 45 AbsÂ 2*, 3 undÂ 5 SGBÂ IX aF;* Â§Â 65 AbsÂ 2*, 3 und 5 SGBÂ IX)* verschiedene weitere Leistungen umfassen *(vgl* Â§Â 33 AbsÂ 6*, 7 und 8 SGBÂ IX aF;* Â§Â 49 AbsÂ 6*, 7 und 8 SGBÂ IX)*. Zu erfÃ¼llen sind diese AnsprÃ¼che vom TrÃ¤ger, der sich der Einrichtung als Leistungserbringer bedient *(ausfÃ¼hrlich dazu Banafsche in Deinert/Welti, StichwortKommentar Behindertenrecht, 2.Â Aufl 2018, Leistungserbringungsrecht, RdNrÂ 28Â ff)*.

Â

21

Zum anderen liegt auch keine tatsÃ¤chliche Eingliederung in den Ausbildungsbetrieb vor. Nach der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung erfordert die tatsÃ¤chliche Eingliederung von Auszubildenden in betriebliche Strukturen, dass eine berufspraktische Ausbildung im Rahmen der arbeitstechnischen Zwecksetzung des Betriebs (â□□innerhalb des laufenden GeschÃ¤ftsbetriebsâ□□) erfolgt *(vgl BAG vom 26.1.1994 â□□Â* 7Â ABR 13/92*Â â□□* BAGE 75, 312 *= AP NrÂ 54 zu Â§Â 5 BetrVG 1972, juris RdNrÂ 26Â f; BAG vom 20.3.1996 â□□Â* 7Â ABR 46/95*Â â□□* BAGE 82, 302 *= AP NrÂ 9 zu Â§Â 5 BetrVG 1972 Ausbildung, juris RdNrÂ 11; BAG vom 13.6.2007 â□□Â* 7Â ABR 44/06*Â â□□ AP NrÂ 12 zu Â§Â 5 BetrVG 1972 Ausbildung, juris RdNrÂ 15Â ff)*. Hieran fehlt es bei einer Ausbildung von zugewiesenen MaÃ□nahmeteilnehmern in einer Einrichtung wie der des Jugendwerks. Denn Betriebszweck einer Einrichtung iS von Â§Â 35 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF *(*Â§Â 51 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)* ist die Erbringung einer Dienstleistung gegenÃ¼ber dem SozialleistungstrÃ¤ger in Form der DurchfÃ¼hrung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Zu dieser Leistung hat sich die Einrichtung â□□Â wie auch hier das JugendwerkÂ â□□ vertraglich verpflichtet und sie wird dafÃ¼r durch die Zahlung eines Entgelts (Pauschalbetrag fÃ¼r jeden Teilnehmer) vergÃ¼tet. FÃ¼r die Erbringung dieser Dienstleistung bedarf es zwar auch einer Betriebsorganisation, die wiederum den Einsatz von (eigenem) Personal und ggf sogar die Ausbildung von Personal bedingt, etwa in sozialen Berufen. Die dafÃ¼r aufzubringenden Kosten stellen Betriebskosten der Einrichtung dar. Nicht Teil dieser Betriebsorganisation ist allerdings die Ausbildung der zugewiesenen Teilnehmer und deren Betreuung an sich, denn beides setzt bereits eine entsprechende Betriebsorganisation voraus. Vielmehr ist die Ausbildung der MaÃ□nahmeteilnehmer selbst Gegenstand des Betriebszwecks *(so BAG vom 20.3.1996 â□□Â* 7Â ABR 46/95*Â â□□* BAGE 82, 302 *= AP NrÂ 9 zu Â§Â 5 BetrVG 1972 Ausbildung, juris RdNrÂ 11)*. (Betriebsâ□□)Kosten in Form von AnsprÃ¼chen der Auszubildenden, die typischerweise mit betrieblichen Ausbildungen verbunden sind, entstehen von vornherein nicht, da deren LeistungsansprÃ¼che unmittelbar vom TrÃ¤ger erfÃ¼llt werden.

Â

22

Aus Sinn und Zweck der BeschÃ¤ftigungspflicht nach Â§Â 71 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF ergibt sich ebenfalls, dass Teilnehmende einer Reha-MaÃnahme nicht ArbeitsplÃ¤tze im Sinne der Regelungen zur BeschÃ¤ftigungspflicht besetzen. Die BeschÃ¤ftigungspflicht zielt darauf ab, schwerbehinderte Menschen in das Erwerbsleben einzugliedern *(vgl BSG vom 10.12.2019 â□□Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 17; BVerwG vom 16.5.2013 â□□Â 5Â C 20/12 Â â□□ juris RdNrÂ 18)*. Solange Arbeitgeber die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschÃ¤ftigen, haben sie fÃ¼r jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz fÃ¼r schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe *(Â§Â 77 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF)* zu entrichten. Diese ist Ersatz fÃ¼r die von den Arbeitgebern in Form der BeschÃ¤ftigung schwerbehinderter Menschen zu erbringende Naturalleistung und dient der Durchsetzung der BeschÃ¤ftigungspflicht *(vgl dazu BVerfG vom 26.5.1981 â□□Â 1Â BvL 56/78Â uaÂ â□□ BVerfGE 57, 139, 167, 168 = juris RdNrÂ 100)*. Arbeitgeber, die keine schwerbehinderten Menschen beschÃ¤ftigen, leisten auf diese Weise einen Ausgleich zu Gunsten der Arbeitgeber, die dies tun *(vgl BVerfG vom 10.11.2004 â□□Â 1Â BvR 1785/01Â uaÂ â□□ BVerfGK 4, 166, juris RdNrÂ 15 mit Verweis auf BTâ□□Drucks 7/656 SÂ 20).*

Â

23

Dieses Ziel der dauerhaften Eingliederung von schwerbehinderten Menschen in das Arbeits- und Berufsleben kann nur dann effektiv verfolgt werden, wenn die mit der BeschÃ¤ftigungs- und Ausgleichsabgabepflicht bezweckte Verhaltenssteuerung dort ansetzt, wo die Entscheidung Ã¼ber die Einstellung eines Arbeitnehmers gefÃ¤llt und rechtlich der Arbeitsplatz geschaffen wird *(so BSG vom 10.12.2019 â□□Â BÂ 11Â AL 1/19Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 154 NrÂ 1 RdNrÂ 19; vgl auch BVerwG vom 13.12.2001 â□□Â 5Â C 26/01Â â□□ BVerwGE 115, 312, juris RdNrÂ 16)*. Sinn und Zweck wÃ¼rde indessen verfehlt, wenn auch Teilnehmer an beruflichen TeilhabemaÃnahmen in Einrichtungen neben den von den Einrichtungen ansonsten beschÃ¤ftigten schwerbehinderten Menschen auf die PflichtarbeitsplÃ¤tze der Einrichtungen anzurechnen wÃ¤ren. Der vom Gesetz bezweckte Anreiz, schwerbehinderte Menschen als eigenes Personal einzustellen, wÃ¼rde in dem Umfang abnehmen, in dem schwerbehinderte Menschen als MaÃnahmeteilnehmer zugewiesen werden *(so bereits zur Anrechnung von ArbeitsplÃ¤tzen betreuter behinderten Menschen in WerkstÃ¤tten fÃ¼r Behinderte BSG vom 26.3.1992 â□□Â 11Â RAr 47/91Â â□□ SozR 3â□□3870 Â§Â 9 NrÂ 1 â□□Â juris RdNrÂ 20)*. Eine Einrichtung, wie sie der KlÃ¤ger betreibt, wÃ¼rde sich einerseits schon durch ihre wirtschaftliche Ausrichtung â□□Â Ausbildung im Auftrag von Dritten als Dienstleistung gegen EntgeltÂ â□□ von der Verpflichtung, schwerbehinderte Menschen in einer bestimmten Anzahl zu beschÃ¤ftigen, entlasten kÃ¶nnen. Andererseits kÃ¤me eine Verhaltenssteuerung im Hinblick auf die BeschÃ¤ftigung schwerbehinderter Menschen nur sehr bedingt in Betracht, weil die Einrichtung auf die konkrete Auswahl der Teilnehmer keinen Einfluss hat, da diese â□□Â wie auch hierÂ â□□ vom LeistungstrÃ¤ger zugewiesen werden. Davon abgesehen bewirken Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, wie sie in

Einrichtungen wie der des KlÃ¤gers als Ausbildung erbracht werden â□□Â anders als eine feste BeschÃ¤ftigung oder eine betriebliche Ausbildung mit der Aussicht Ã¼bernommen zu werdenÂ â□□, fÃ¼r sich genommen noch keine Teilhabe am Arbeitsleben, sondern bereiten diese lediglich vor *(vgl Deusch in Dau/DÃ¼well/Joussen, SGBÂ IX, 5.Â Aufl 2019, Â§Â 52 RdNrÂ 5; Luik in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ IX, 3.Â Aufl 2018, Â§Â 52 RdNrÂ 18)*.

Â

24

GestÃ¼tzt wird dieses Ergebnis in gesetzessystematischer Hinsicht, wie das LSG zu Recht ausgefÃ¼hrt hat, durch die Regelung des Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ IX aF *(jetzt* Â§Â 159 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ IX*)*. Diese ordnet fÃ¼r den auch hier vorliegenden Fall von Ausbildungen in Einrichtungen die Geltung von Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF *(jetzt* Â§Â 159 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)* an, wonach ein schwerbehinderter Mensch, der ausgebildet wird, auf zwei PflichtarbeitsplÃ¤tze fÃ¼r schwerbehinderte Menschen angerechnet wird, wenn die berufliche Ausbildung auch in Betrieben oder Dienststellen durchgefÃ¼hrt wird. Dieser Regelung hÃ¤tte es nicht bedurft, wenn schon die Ausbildung in der Einrichtung an sich zur Anrechnung fÃ¼hren kÃ¶nnte. Entgegen der Auffassung des KlÃ¤gers ist dieser Regelungsgehalt keineswegs â□□rein deklaratorischâ□□. Es erschlieÃ□t sich nicht, warum alleine fÃ¼r den (Sonderâ□□)Fall, dass wÃ¤hrend einer beruflichen Ausbildung in einer Einrichtung entsprechend der Vorgabe des Â§Â 35 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX aF *(ab 1.1.2018:* Â§Â 51 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ IX*)* zeitweise auch in Betrieben oder Dienststellen ausgebildet wird, eine Klarstellung erforderlich gewesen sein sollte, nicht jedoch fÃ¼r den zeitlich regelmÃ¤Ã□ig Ã¼berwiegenden Kern der Ausbildung in der Einrichtung selbst.

Â

25

Anders, als der KlÃ¤ger meint, legt auch die Rechtsprechung des BAG zum Bestehen eines Wahlrechts der einer Einrichtung zugewiesenen Auszubildenden zur Schwerbehindertenvertretung keine andere Beurteilung nahe. Denn dieses Wahlrecht knÃ¼pft eben nicht an die BeschÃ¤ftigung auf einem Arbeitsplatz im Sinne der gesetzlichen Definition an, sondern folgt aus einer umfassenden ZustÃ¤ndigkeit der Schwerbehindertenvertretung, die auch das Eintreten fÃ¼r die Interessen von MaÃ□nahmeteilnehmern, die nicht in einen Betrieb eingegliedert sind, umfasst *(vgl BAG vom 27.6.2001 â□□Â* 7Â ABR 50/99*Â â□□* BAGE 98, 151 *= AP NrÂ 2 zu Â§Â 24 SchwbG 1986, juris RdNrÂ 19Â ff; BAG vom 16.4.2003 â□□Â* 7Â ABR 27/02*Â â□□* BAGE 106, 57 *= AP NrÂ 1 zu Â§Â 95 SGBÂ IX, juris RdNrÂ 22Â ff)*.

Â

26

Stellt danach â□□Â entgegen der Auffassung des KlÃ¤gersÂ â□□ die Berufsausbildung in einer Einrichtung schon keine BeschÃ¤ftigung auf einem Arbeitsplatz iS des Â§Â 73 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF dar, kommt es nicht darauf an, welche TatbestÃ¤nde mit welcher Zielrichtung in Â§Â 73 AbsÂ 2 und 3 SGBÂ IX aF im Einzelnen geregelt werden. Denn dies betrifft nur FÃ¤lle, die schon voraussetzen, dass ArbeitsplÃ¤tze vorliegen, aber iS einer Fiktion nicht als solche gelten sollen *(sog Negativkatalog, vgl Deinert in Deinert/Welti, StichwortKommentar Behindertenrecht, 2.Â Aufl 2018, Pflichtquote, RdNrÂ 6).*

Â

27

Vorliegend hat der KlÃ¤ger nach den Feststellungen des LSG jedenfalls drei Personen, die dem Jugendwerk als Teilnehmer fÃ¼r berufliche TeilhabemaÃ□nahmen zugewiesen worden waren und im Jahr 2014 an solchen MaÃ□nahmen teilgenommen hatten, in seiner Anzeige nach Â§Â 80 AbsÂ 2 SGBÂ IX aF auf die von ihm mitgeteilten PflichtarbeitsplÃ¤tze mit einer Summe von 72 (3Â ArbeitsplÃ¤tze x 12 Monate x 2 wegen der Doppelanrechnung) zu Unrecht angerechnet. Damit war diese Anzeige unrichtig und die Beklagte berechtigt, einen Feststellungsbescheid nach Â§Â 80 AbsÂ 3 SGBÂ IX aF zu erlassen.

Â

28

Anhand der Feststellungen des LSG vermag der Senat indessen nicht zu beurteilen, ob dieser Feststellungsbescheid in der Sache insgesamt materiell rechtmÃ¤Ã□ig ist. Denn das LSG konnte zwar zutreffend von der unrichtigen Einbeziehung der drei MaÃ□nahmeteilnehmer ausgehen, hat aber ohne eigene Feststellungen und rechtliche Beurteilung die weiteren Angaben des KlÃ¤gers zu den vorhandenen ArbeitsplÃ¤tzen und den (weiteren) besetzten PflichtarbeitsplÃ¤tzen Ã¼bernommen, weil hierÃ¼ber zwischen den Beteiligten kein Streit bestehe. Das â□□Unstreitigstellenâ□□ entscheidungserheblicher Tatsachen ersetzt allerdings nicht die erforderliche SachaufklÃ¤rung und eigene WÃ¼rdigung des Sachverhalts durch das Gericht *(vgl nur BSG vom 13.5.2009 â□□Â* BÂ 4Â AS 58/08Â R*Â â□□* BSGE 103, 153 = SozR 4â□□4200 Â§Â 12 NrÂ 13*, RdNrÂ 12; BSG vom 12.12.2013 â□□Â* BÂ 4Â AS 14/13Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 11)*. Im wiedererÃ¶ffneten Berufungsverfahren wird das LSG deshalb noch die tatsÃ¤chlichen Feststellungen und eine eigene Beurteilung nachzuholen haben zur Anzahl der bei dem KlÃ¤ger als RechtstrÃ¤ger (formaler Arbeitgeber) vorhandenen ArbeitsplÃ¤tze nach MaÃ□gabe von Â§Â§Â 73 SGBÂ IX aF, zur sich hieraus nach Â§Â 74 SGBÂ IX aF ergebenden Pflichtarbeitsplatzzahl und schlieÃ□lich â□□Â ggf unter BerÃ¼cksichtigung des von dem KlÃ¤ger nach Â§Â 80 AbsÂ 1 SGBÂ IX aF zu fÃ¼hrenden VerzeichnissesÂ â□□ zur Anrechnung von BeschÃ¤ftigten auf diese PflichtarbeitsplÃ¤tze nach MaÃ□gabe der Â§Â§Â 75 und 76 SGBÂ IX aF.

Â

29

Die Kostenentscheidung bleibt â□□Â auch wegen der Kosten des RevisionsverfahrensÂ â□□ dem LSG vorbehalten.
Â

Erstellt am: 24.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024